

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreistag Stendal
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 13.12.2012
Sitzung Nummer:	23 (KT/23/2012)
Sitzungsdauer:	17:05 - 17:55 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Lothar Riedinger
Vorsitzender

Gabriela Grimm
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Herr Lothar Riedinger

Mitglieder

Herr Günter Bartels

Herr Ralf Berlin

bis 17.44 Uhr

Herr Gerhard Borstell

Frau Edith Braun

Herr Uwe Classe

Herr Marcus Graubner

ab 17.37 Uhr

Herr Gerhard Imig

Herr Horst Janas

Herr Ernst Jesse

Herr Uwe Klemm

bis 17.45 Uhr

Herr Rüdiger Kloth

Herr Norbert Krebber

Herr Dr. Michael Kühn

Herr Wolfgang Kühnel

Herr MR Dr. Volkmar Lischka

Herr Wolfgang März

Herr Klaus-Peter Noeske

Herr Dr. Rudolf Opitz

Frau Christine Paschke

Herr Bernd Prange

Herr Dr. Henning Richter-Mendau

Herr Gerd Schlaak

Herr Waldemar Schreiber

Herr Nico Schulz

Herr Dr. Volker Stephan

Herr Bodo Strube

Herr Norbert Tanne

Herr Eike Trumpf

Herr Frank Wiese

Herr Bernd Witt

Herr Peter Zimmermann

von der Verwaltung

Herr Jörg Hellmuth

Frau Annemarie Theil

Herr Carsten Wulfänger

Abwesend:

Mitglieder

Herr Arnold Bausemer
Herr Ralf Bergmann
Herr Dr. Jörg Böhme
Herr Dieter Bolle
Herr Jürgen Emanuel
Herr Hardy Peter Güssau
Herr Peter Krüger
Frau Katrin Kunert
Herr Herbert Luksch
Frau Dr. Helga Paschke
Herr Detlef Radke
Herr Günter Rettig
Herr Tiemo Schönwald
Herr Eduard Stapel
Herr Tilman Tögel
Herr Torsten Werner

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung
- 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 22. Sitzung des Kreistages Stendal am 22.11.2012
- 5 Information des Landrates über alle wichtigen Angelegenheiten, den Landkreis und seine Verwaltung betreffend
- 6 Verlängerung des ILE-Managements Altmark zur Initiierung, Organisation und Umsetzungsbegleitung der ländlichen Entwicklungsprozesse in der ILE-Region
Vorlage: 395/2012
- 7 Beschluss des Kreistages über die Jahresrechnung 2011 des Landkreises Stendal sowie die Entlastungserteilung für den Landrat
Vorlage: 396/2012
- 8 Auflösung der Zweckvereinbarung zur Übernahme der Organisation der kommunalen Integrationsarbeit
Vorlage: 397/2012
- 9 Festlegung des Wahltermins zur Wahl der/des 1. Beigeordneten des Landkreises Stendal
Vorlage: 399/2012
- 10 Bestellung zur Datenschutzbeauftragten
Vorlage: 405/2012
- 11 Anfragen und Hinweise

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Riedinger, eröffnet um 17:05 Uhr die 23. Sitzung des Kreistages Stendal und begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es bestehen keine Wortmeldungen.

zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt fest:

- die Ladung zur heutigen Kreistagssitzung erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 30. November 2012,
- der Kreistag ist beschlussfähig (es sind 32 Mitglieder des Kreistages + der Landrat anwesend – siehe Seite 1 Anwesenheitsliste),
- die Tagesordnung.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 22. Sitzung des Kreistages Stendal am 22.11.2012

Der Vorsitzende bemerkt, dass beim Kreistagsvorstand und beim Landrat keine Einwende gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift eingegangen sind.

Es bestehen auch jetzt keine Wortmeldungen.

Damit stellt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Niederschrift der 22. Sitzung des Kreistages Stendal am 22.11.2012 fest.

zu TOP 5 Information des Landrates über alle wichtigen Angelegenheiten, den Landkreis und seine Verwaltung betreffend

Der Landrat erklärt, dass er heute vor allem über die anstehenden laufenden Gesetzesvorhaben informieren will. Beginnen will er mit dem FAG, das der Landtag heute beschlossen hat. Bis zuletzt hat es dazu Gespräche gegeben. Aus Sicht der Landkreise kann man sagen, wir haben das eine oder andere in diesen Gesprächen erreichen können, aber längst nicht alles. Erreicht worden ist, dass nach dem Modellwechsel vor einigen Jahren die Zuweisungen für die Straßenunterhaltung aufgabenbezogen auf jetzt 5.400 €/km erhöht wurden. Erreicht haben wir in den letzten Wochen noch die Regelung, dass nach dem Asylbewerberleistungsgesetz die Leistung, die wir dort erbringen, ab dem Jahr 2012 spitz abgerechnet wird. Das ist insofern wichtig, weil im Moment die Asylbewerberzahlen zunehmen und für uns eine unkalkulierbare Größe geworden wäre. Durch den Überschuss, den wir 2011 durch nicht ausgegebene Mittel im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes erzielt haben, haben wir im Jahr 2011 einen sehr guten Jahresabschluss erreicht. Der wird uns nun nach dem neuen FAG leider

gegengerechnet. Aus der Komplexität/Kompliziertheit der Tatsache, dass das FAG heute erst beschlossen wurde und der Tatsache, dass sich die Grundlagenzahlen vom Statistischen Landesamt ständig geändert haben, sehen Sie, dass wir längst noch nicht in der Lage waren, dem Kreistag einen Haushaltsplan 2013 vorzulegen, obgleich unsere Mitarbeiter seit Tagen daran arbeiten. Unser großes Ziel sollte es sein, Ende Januar 2013 im Kreistag einen ersten Entwurf des Haushaltsplanes 2013 vorzulegen.

Auf der Zielgeraden ist die Novelle des Kinderförderungsgesetzes (KiFöG). Es war ja lange angekündigt. Ich will mich heute nicht zu konkreten Inhalten äußern, sondern zu dem Verfahren, weil das in der Öffentlichkeit in den letzten Tagen noch einmal eine Rolle gespielt hat. Die Landräte hatten bei einem Landräteseminar vor einem Jahr mit der Staatssekretärin aus dem Sozialministerium den Vorschlag im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips unterbreitet, dass die Aufgabenwahrnehmung vor dem Hintergrund der erfolgten Gemeindegebietsreform auf die gemeindliche Ebene herunter gebrochen wird. Ich denke, die gemeindlichen Strukturen waren nach der Gemeindegebietsreform vor gut drei Jahren so gefestigt, dass der Vorschlag nur logisch und konsequent war. Der jetzige Stand der Novelle sieht vor, dass alle Aufgaben, insbesondere die Planung, im Wesentlichen auf den Landkreis wieder hoch gebrochen wird. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der Landkreis mit jeder einzelnen Einrichtung entsprechende Vereinbarungen abschließen muss. Wenn der Landtag das so beschließt, werden wir es natürlich umsetzen. Aber nach unserem jetzigen Kenntnisstand wird es so sein, dass die gemeindliche Ebene kaum Entlastung findet, weil sie ja ihre Einrichtungen weiter verwalten müssen und das der Landkreis zusätzliche Verwaltungskräfte finden muss, um die Aufgaben der Planung und Finanzierung wahrzunehmen. Und das ist für mich ein Widerspruch zu dem, was wir immer sagen, dass wir versuchen, Hierarchien abzubauen, dass wir sagen, Subsidiaritätsprinzip, wer am nächsten ist, soll diese Aufgabe wahrnehmen und dass wir mit unserem Personalabbau einfach nicht weiter kommen. Beide kommunalen Spitzenverbände, sowohl der Landkreistag als auch der Städte- und Gemeindebund, sind Sturm gelaufen und haben bis zuletzt versucht, dagegen anzugehen. Aber nach jetzigem Stand sieht es nicht so aus, als wenn unsere Bedenken Widerhall finden.

Ebenfalls zur Abstimmung im Landtag steht das Rettungsdienstgesetz. Hier war die zukünftige Handhabung des Vergabeverfahrens das große Thema; entweder die klassische Vergabe oder das Konzessionsmodell. Wir haben in zurückliegender Zeit immer das Konzessionsmodell zur Anwendung gehabt und bestimmte Aufgaben des Katastrophenschutzes dort mit eingebracht. Das hat sich im Wesentlichen so bewährt. Auch ist in den zurückliegenden Jahren die eine oder andere rechtliche Überprüfung erfolgt. Unser Vorgehen ist aber bisher von den Verwaltungsgerichten immer bestätigt worden. Jetzt haben wir mit dem neuen Rettungsdienstgesetz ein bisschen Klarheit. Das Besondere an diesem neuen Gesetz ist, dass es dreimal so umfangreich ist wie das Vorläufergesetz. Dinge wie die Bergrettung etc. spielen nun auch eine Rolle, was für unseren Landkreis nicht so lebensnotwendig ist wie vielleicht in anderen Landkreisen und Regionen. Ein bisschen problematisch wird es, wenn es noch andere Regelungen gibt, weil das Gesetz schon zum 01.01.2013 zur Anwendung kommen soll. Wir hatten darauf gedrungen, dass man evtl. einen späteren Zeitpunkt nimmt oder zu mindestens bis zur Veröffentlichung abwartet.

Ein weiteres Thema, was uns schon seit Monaten beschäftigt, sind die verschiedenen Förderprogramme. Relativ neu ist das Krippenausbauprogramm des Bundes (U 3). Aufgrund der Aktualität und Kurzfristigkeit der Anforderungen an den Landkreis haben wir den Jugendhilfeausschuss informiert. Es stand die Frage, ob der Landkreis überhaupt eine Liste abgeben will. Andere Landkreise haben keine Liste abgegeben. Wir haben uns dann aber doch für die Abgabe einer Liste entschieden und haben vorhandene Prioritätenlisten, z. B. aus STARK III aber auch aus Vorläuferprogrammen, zusammen gefasst, a) vor dem Hintergrund, wer noch nicht zum Zuge gekommen ist und b) dass es in die entsprechenden Vorgaben oder Prämissen passt. Und hoffen natürlich, dass wir hier mit der einen oder anderen Einrichtung zum Zuge kommen.

Das nächste Programm, was uns jeden Tag beschäftigt, ist STARK III. Wir erstellen zurzeit die Anträge für unsere beiden Baumaßnahmen Sekundarschule „Diesterweg“ Stendal und Sekundarschule „H. Brunsberg“ Tangermünde. Hier steht das Problem, dass der Anteil Vereinsnutzung für die Sporthallensanierung nicht gefördert werden darf. Ich habe das in der letzten Dienstberatung beim Landesverwaltungsamt ausdrücklich angesprochen. Der Landkreistag bemüht sich um eine Klärung, gemeinsam mit dem Städte- und Gemeindebund, weil es auch viele Städte und Gemeinden betrifft. Es ist umso unverständlicher, wenn in den Strukturfonds, die hier zur Anwendung kommen, als Allgemeinplazet „Erhöhung der Attraktivität des ländlichen Raumes“ steht. Die kann man ja ausdrücklich mit Sportvereinen fördern. Hier muss man erst einmal genau erklären, warum die Vereinsnutzung nicht gefördert werden darf. Bei der Sporthalle in Tangermünde würde das eine Reduzierung der Förderungsumme um 230 T€ ausmachen.

Ein nächstes Thema ist die Schulentwicklungsplanung. Über die Sorgen und Ängste vieler Gemeinden, Eltern und Bürger unseres Landkreises kann man immer wieder lesen. Wir haben auf Anregung des Schulausschusses vor ca. zwei Wochen ein entsprechendes Schreiben an das Kultusministerium geschickt, mit Durchsicht an alle Fraktionen des Landtages, in dem wir entsprechende Regelungen angemahnt und noch einmal auf unsere besondere Situation der Dünnbesiedlung hingewiesen haben. Ausdrücklich wurde auch noch einmal das Modell von Arneburg-Krusemark erwähnt, zukünftig mit Außenstellen zu arbeiten. Heute hatte ich die Antwort einer Fraktion in meiner Post. Und da ist u. a. die Aussage, dass es Ende Januar hier eine entsprechende Verordnung geben wird.

In dem Zusammenhang spielt das Thema Gemeinschaftsschule eine Rolle. Der Schulausschuss hat sich schon damit beschäftigt. Es gibt die Intentionen, die Sekundarschule Tangerhütte evtl. als Gemeinschaftsschule zu etablieren. Auch hier drängt etwas die Zeit, weil die Akteure bei uns vor der Tür stehen und wissen wollen, wie es weitergeht. Anfang der Woche haben wir ein Schreiben vom Staatssekretär im Kultusministerium erhalten, in dem er unsere Fachleute nächste Woche Montag zu einer Dienstberatung zu diesem Thema in das Kultusministerium eingeladen hat. Wir hoffen, wir bekommen dann Klarheit, insbesondere was die Abläufe der nächsten Schritte für diejenigen betrifft, die hier Interesse haben. Der Landkreis als Schulträger und Träger der Schulentwicklungsplanung hat dann letztendlich darüber zu befinden. In dem Schreiben ist ausdrücklich noch einmal erwähnt worden, dass das pädagogische Konzept für die Genehmigung im Kultusministerium ausschlaggebend ist.

Vor wenigen Tagen hat die Regionale Planungsgemeinschaft nach der dritten Abwägung den Beschluss über den Teilplan Wind des Regionalen Entwicklungsplanes gefasst. Das war ein Stück Arbeit. Zahlreiche Erörterungsrunden waren dem vorgeschaltet. Wir bekommen hier ständig Anrufe und Briefe. Für die einen sind wir zu restriktiv, für die anderen sind wir nicht restriktiv genug. Im Landkreis gibt es bereits viele Windräder. Nach der Planung der ausgewiesenen Eignungsgebiete bekommen wir noch allerhand dazu. Wir haben aber in unseren Abwägungen und Planungen jetzt genügend Erfahrungswerte, Urteile, Studien etc. einfließen lassen, sodass wir der Meinung sind, dass es unsere Bürger nicht zu viel belastet und dass die Anzahl der Windkraftanlagen auch noch irgendwo vertretbar ist. Der Plan wird jetzt beim Ministerium als oberste Landesplanungsbehörde eingereicht. Der Genehmigungszeitraum hierfür beträgt 8 Wochen. Wenn alles glatt läuft und es keine großen Einwände gibt, dann könnte der Teilplan Wind theoretisch im Frühjahr nächsten Jahres genehmigt werden.

Durch den Landrat wird nunmehr die Problematik Neuausrichtung der EU-Strukturfonds angesprochen. Ich habe es bereits an dem einen oder anderen Programm, insbesondere dem STARK III-Programm, erläutert. Ein Großteil aller Förderprogramme und Richtlinien werden in irgendeiner Weise durch EU-Strukturfonds gespeist. Insofern denke ich, ist es auch richtig zu wissen, wie es weitergeht bzw. wir in der jetzigen Phase versuchen, unsere entsprechenden Erfahrungen bei der Neuausrichtung für die Zeit von 2014 bis 2020 einzubringen. Ich verrate sicherlich auch kein großes Geheimnis, weil dies in den Medien immer schon mal eine Rolle gespielt hat, dass die Gesamtsumme und der Fördersatz sich reduzieren. Auf der anderen Seite haben wir in den Gesprächen sowohl mit dem Minister als auch mit den entsprechenden Abteilungsleitern etc. darauf gedrungen, dass die Programme weiterhin breit gefächert sind, dass man flexibel die gesamte Problematik handhabt. Das Gegenargument war, dass man damit zu hohe Erwartungen schürt. Ich denke aber, diese breite Handhabung hat sich im Wesentlichen bewährt. Zum Argument, dass zu hohe Erwartungen geschürt werden, meine ich, wenn der Fördersatz nicht mehr so hoch ist, ist es für den einen oder anderen Träger dann auch schwer, eine entsprechende Kofinanzierung hinzubekommen. Deshalb sagen wir, es ist eine Entrümpelung von Vorgaben, die von der EU nicht selbst vorgegeben werden. Wir könnten uns vorstellen, dass unser Schwerpunktprojekt für die nächsten Jahre die Breitbandversorgung ist. Wir haben sehr erfolgreich unseren Verband gegründet. Mittlerweile sind hier schon zahlreiche Städte und Gemeinden Mitglieder geworden. Weitere Mitgliedsaufnahmen stehen an. Wir sollten die Breitbandversorgung als Leitprojekt entwickeln. Leitprojekte hatten wir vor einigen Jahren mit dem Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzept (ILEK) beschlossen. Ein Leitprojekt ist die Voraussetzung dafür, dass man einen maximalen Fördersatz bekommt. Wenn wir das in den nächsten Jahren versuchen umzusetzen, dann ist das ein großer Standortvorteil. Und ich denke, wir sind hier in der Altmark gegenüber anderen Regionen oder Landkreisen sehr weit. Nach ersten Gesprächen mit dem Landwirtschafts- und Umweltministerium wurde signalisiert, dass einer Fördermittelbereitstellung aus diesem Strukturfonds nichts im Wege steht.

Gerade dieses letzte Thema – Neuausrichtung der Strukturfonds – schafft einen nahtlosen Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt, der Fortsetzung des ILE-Managements. In der Altmark gibt es die besondere Situation, dass der Regionalverein seit 10 Jahren tätig ist. Die beiden Landkreise der Altmark haben seinerzeit durch Beschluss die Umsetzung des ILEKs dem Regionalverein übertragen. Ich denke, das war eine richtige und

gute Entscheidung. In dem Bericht zur Vorlage konnten Sie lesen bzw. in den Fachausschüssen wurde ausführlich darüber berichtet, dass das ILE-Managements sehr engagiert und aktiv arbeitet. Die Besonderheit dieses Regionalvereins basiert auf ein Modellvorhaben mit Unterstützung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Wir konnten diesen Prozess verstetigen. Der Auftrag seinerzeit und die Forderung der EU, den sogen. bottom-up-Ansatz umzusetzen, d. h., dass die Aktivitäten zur Entwicklung des ländlichen Raumes nicht von einer übergeordneten Ebene initiiert und geleitet, sondern seitens regionaler Akteure "von unten nach oben" auf den Weg gebracht werden, konnte erreicht werden. Im Prinzip kann jeder Mitglied in diesem Verein werden. Die entsprechenden Projekte und Anträge werden in den Fachausschüssen vorbesprochen und dann im Vorstand beschlossen. Das ist einmalig in Sachsen-Anhalt und hat sich bewährt. Wir haben diverse Leitprojekte in den zurückliegenden Jahren entwickeln können. Dies wiederum hat den Vorzug, dass sie in den Genuss einer maximalen Förderung kommen. Was uns im zurückliegenden Zeitraum etwas betrübt hat ist, dass das Land beschlossen hat, eine Arbeitsgruppe ländlicher Raum zu etablieren. Diese AG hätten wir theoretisch nicht gebraucht. Wir hätten das auch mit dem Regionalverein umsetzen können. Die Prioritätenlisten, die dort vorgelegt werden, werden teilweise von unserem ILE-Management vorbereitet. Die entsprechenden Projekträger werden durch das Management begleitet und beraten. Vor einigen Tagen konnte ich im Ortsteil Jerchel der Stadt Tangerhütte ein fast fertiges Projekt besichtigen. Oftmals sind es nur ein oder zwei Arbeitsplätze, die durch ein Projekt entstehen. Aber es sind pfiffige Ideen. Und ich denke, in unserer Region zählt jeder Arbeitsplatz, insbesondere in den Dörfern, in denen oftmals außer einpaar Landwirtschaftsbetrieben kaum noch Betriebe oder Infrastruktur vorhanden ist.

Insofern würde ich mir wünschen, dass Sie der Vorlage Fortsetzung des ILE-Managements Ihre Zustimmung geben. Unsere Kollegen in Salzwedel haben es ähnlich gehandhabt wie wir und haben die Thematik in den Fachausschüssen vorgestellt. Ein entsprechender Beschluss über die Fortsetzung des ILE-Managements wurde bereits vor ca. 4 Wochen dort gefasst.

**zu TOP 6 Verlängerung des ILE-Managements Altmark zur Initiierung, Organisation und Umsetzungsbegleitung der ländlichen Entwicklungsprozesse in der ILE-Region
Vorlage: 395/2012**

Der Vorsitzende gibt den Hinweis, dass der Landrat im vorherigen Tagesordnungspunkt bereits Ausführungen zur Vorlage gemacht hat.

Er bittet um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 7 Beschluss des Kreistages über die Jahresrechnung 2011 des Landkreises Stendal sowie die Entlastungserteilung für den Landrat
Vorlage: 396/2012**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Trumpf, erklärt, dass er auch in diesem Jahr wieder zum Jahresende den Bericht über den Haushalt des Jahres 2011 halten und aus Sicht der Rechnungsprüfung über einzelne Themen reden möchte. Es geht dabei um die Feststellung, ob die Einnahmen und Ausgaben nach den gesetzlichen Grundlagen und entsprechend des Haushaltsplanes bearbeitet worden sind. Das kreisliche Rechnungsprüfungsamt hat den Schlussbericht zur Jahresrechnung 2011 erarbeitet. In zwei Sitzungen beschäftigte sich der Rechnungsprüfungsausschuss mit der Vorlage 396/2012. Der Landrat und die Beigeordneten waren auf einer Sitzung wieder anwesend. Sie haben jeweils zu ihren Fachthemen Stellung bezogen und konnten

verschiedene Fragestellungen mit uns gemeinsam gleich erörtern. Die schriftliche Stellungnahme des Landrates zu den einzelnen aufgerufenen Punkten wurde jedem Kreistagsmitglied zugänglich gemacht. In der letzten Sitzung am 06.12.2012 bestätigte der Rechnungsprüfungsausschuss einstimmig den vorliegenden Bericht des Rechnungsprüfungsamtes und empfiehlt dem Kreistag gemäß § 108 GO LSA i.V.m. § 65 LKO LSA, die Jahresrechnung zu beschließen und dem Landrat uneingeschränkt Entlastungen zu erteilen.

Wie bereits erwähnt, konnten wir uns in einigen Fragen im Ausschuss gleich verständigen. In einigen Punkten hat der Landrat in seiner Stellungnahme konkret Stellung bezogen und mit Terminen und Verantwortlichkeitsregelungen entsprechende Vorgaben zur Abarbeitung des Rechnungsprüfungsberichtes gegeben.

Auf einige Punkte möchte ich kurz eingehen:

Für das Haushaltsjahr 2011 war ein Soll-Fehlbetrag in Höhe von 15,8 Mio. € geplant. Der Jahresabschluss 2011 konnte jedoch positiver abgeschlossen werden, sodass erstmalig seit 2002 im Verwaltungshaushalt wieder ein Überschuss erwirtschaftet wurde. Das hat sicher einmalige Effekte und ist im Wesentlichen in der Überfinanzierung des Bildungs- und Teilhabepakets durch den Bund begründet. Vom Grundsatz her ist aber das, was wir uns im Rahmen des Konsolidierungskonzeptes vorgenommen haben, aufgegangen, dass wir den strukturellen Fehlbetrag schrittweise abbauen. Der Abbau des strukturellen Fehlbetrages ist ja bis zum Jahr 2017 vorgesehen. Und dieser Haushalt, über den wir heute reden, ist ein erster guter Schritt in diese Richtung. So war es geplant und so müssen wir es auch weiterhin durchführen. Ich möchte alle Kreistagsmitglieder auffordern, und vor allen natürlich den Landrat und die beiden Beigeordneten, intensiv an der Erreichung dieses Zieles zu arbeiten.

Trotz der neuen Prüfbemerkungen im Jahresbericht bescheinigen die Prüfer, dass der Jahresabschluss eine ordnungsgemäße Haushalts- und Kassenführung vermittelt. Die Prüfer gelangen zu der Einschätzung, dass der Landkreis Stendal über ein weitgehend geordnetes und zweckdienliches Finanzwesen verfügt.

Mit der Einführung der Doppik zum 01.01.2013 steht dem Landkreis eine schwere Aufgabe ins Haus, vor allem der Verwaltung. Für die Mitglieder des Kreistages wird der nächste Haushaltsplan die erste Herausforderung sein. Ihn dann lesen und auch verstehen zu können, wird sicher interessant werden.

Die Bearbeitung der Kasseneinnahmereste ist ein Dauerthema und wird nicht einfach sein. Es muss daran gearbeitet werden, dass dieser Bereich stark beobachtet und bearbeitet wird, damit die Kasseneinnahmereste geringer werden.

Zur Verpachtung einer kreislichen Immobilie hat der Landrat ganz konkret Stellung bezogen. Darüber denke ich, müssen wir nicht reden. Die Thematik ist inzwischen soweit auch geregelt.

Die Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals bei der ALS ist ein Thema, welches sicher noch einmal zu diskutieren wäre. Der Landrat hat in seiner Stellungnahme entsprechende Punkte dargestellt.

Der Abschluss des Zweckverbandes Colbitz-Letzlinger-Heide muss jetzt endlich erfolgen. Wenn ein Zweckverband nicht länger arbeitet, müssen die Eckpunkte zum Abschluss gebracht werden. Der Landrat hat den Zeitraum aufgezeigt, in dem die Dinge passieren sollen.

Der Punkt 6 weist das Missverhältnis von Leistungs- und Gebührenanteilen in Genehmigungsverfahren nach der Landesbauordnung auf. Die können wir nicht direkt beeinflussen. Das ist einfach nur ein Tatbestand, unter dem wir leiden, wenn das Land die Hauptarbeit nach unten reicht. Über den Landkreistag sind entsprechende Aktivitäten eingeleitet worden. Vielleicht kann man durch Gespräche und Diskussionen erreichen, dass bei der Änderung der Landesbauordnung solche Dinge wieder angepasst werden.

Die Finanzierung unserer Arbeitsförderungsgesellschaft (Punkt 7) ist für den kreislichen Gesellschafter als auch für die gemeindlichen Gesellschaften ein Problem. Wir müssen sehen, wie wir das Projekt möglichst lange weiter am Leben erhalten können. Sicher hängt es auch davon ab, wie viel Beschäftigte jeweils konkret in der Gesellschaft beschäftigt sind. Demzufolge wird der Finanzierungsbedarf berechnet.

Im Punkt 8 ist das komplizierte Thema der beihilferechtlichen Regelungen aufgezeigt worden. Das muss man in Bezug auf die nächste EU-Förderphase ganz genau beobachten, weil die beihilferechtlichen Regelungen und

Förderkriterien für die neue Phase ab 2014 komplizierter und nicht einfacher werden. Das zukünftig die Aufgabenstellung zentral an einer Stelle angesiedelt werden soll, ist sicherlich ein positiver Ansatzpunkt.

In Punkt 9 sind eine ganze Reihe von Organisationsthemen der Bußgeldbearbeitung, der Unteren Katastrophenschutzbehörde und des Immissionsschutzes angesprochen worden. Hier hat der Landrat konkrete Vorschläge aufgezeigt, wie mit den einzelnen Themen umgegangen werden soll.

Abschließend möchte ich feststellen, dass wir trotz der Hinweise und Bemerkungen dem Landrat und der Verwaltung für das Haushaltsjahr 2011 eine ordnungsgemäße Arbeit bei der Haushaltsführung zu bescheinigen haben und dass wir in die Richtung der Haushaltskonsolidierung verfahren. Dafür gebührt dem Landrat, den Beigeordneten und allen Mitarbeitern im Haus unser Dank. Ebenso natürlich den Mitarbeitern des Rechnungsprüfungsamtes, die sich wieder mit den Themen beschäftigt haben.

Ich bitte im Namen des Rechnungsprüfungsausschusses um die Zustimmung zur Drucksache 396/2012.

Der Vorsitzende stellt die Frage, ob es weitere Wortmeldungen gibt?

Das ist nicht der Fall.

Der Vorsitzende lässt sodann über die Vorlage Drucksache 396/2012 abstimmen.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrheitlich Nein 0 Enthaltung 1

**zu TOP 8 Auflösung der Zweckvereinbarung zur Übernahme der Organisation der kommunalen Integrationsarbeit
Vorlage: 397/2012**

Der Vorsitzende bittet den Landrat, eine kurze Erläuterung zur Drucksache 397/2012 zu geben.

Der Landrat erklärt, dass es sich hierbei um eine besondere Situation im Landkreis Stendal handelt. Das Innenministerium hat vor einigen Jahren ein Förderprogramm für kommunale Integrationsarbeit aufgelegt, speziell für die Landkreise. Da wir hier die Sachlage hatten, dass in der Stadt Stendal ein hervorragend funktionierendes Netzwerk existiert, wollten wir keine Parallelstruktur aufbauen. Es ist uns seinerzeit im Gespräch mit dem Innenministerium gelungen, mittels der Zweckvereinbarung diese Fördermittel zu beantragen und an die Stadt Stendal weiterzugeben.

Die Aussage ist, dass dieses Programm weitergeführt werden soll. Die Kollegin bei der Stadt Stendal wird in den nächsten Wochen in ihren wohlverdienten Ruhestand gehen, sodass wir mit der Stadt Stendal abgestimmt haben, dass der Landkreis zukünftig diese Aufgabe durchführt, so wie es eigentlich auch vorgesehen ist. Eine Stellenbeschreibung zur Ausschreibung wurde bereits vorbereitet. Wir wollen eine baldige Stellenbesetzung erreichen, damit der/die zukünftige Mitarbeiter/in mit der jetzigen Kollegin bei der Stadt noch einpaar Tage parallel arbeiten kann. Wir wollen erreichen, dass wir erstens in den Genuss der Förderung kommen und dass wir zweitens für diese wichtige und dringende Aufgabe einen nahtlosen Übergang hinbekommen.

Der Vorsitzende fragt, ob es weitere Wortmeldungen gibt?

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage Drucksache 397/2012 abstimmen.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 9 Festlegung des Wahltermins zur Wahl der/des 1. Beigeordneten des Landkreises Stendal
Vorlage: 399/2012**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Herr Borstell bezieht sich auf die Stellenausschreibung, die der Vorlage anhängig ist. Dort gibt es zwei offene Passagen, die bisher nur mit Pünktchen versehen sind. Es wäre zum einen gemäß dem Beschlussvorschlag einzusetzen, dass die Wahl durch den Kreistag am 14. März 2013 erfolgt. Zum anderen ist der Termin offen, bis wann Bewerbungen mit aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen einzureichen sind.

Dazu wollen wir den Vorschlag unterbreiten, dass man ausgehend vom Wahltermin 14.03.2013 zurückrechnet, damit eine Vorstellung der Bewerber in der Zeit vom 28.02. bis 07.03.2013 stattfinden kann, und den Termin für das Ende der Bewerbungsfrist auf den 14. Februar 2013 festsetzen.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen zur Vorlage.

Der Vorsitzende befragt den Kreistag, ob sich dagegen Widerspruch erhebt, das Ende der Bewerbungsfrist auf den 14.02.2013 zu datieren?

Dies ist nicht der Fall.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage Drucksache Nr. 399/2012, einschließlich dem Vorschlag von Herr Borstell, zur Abstimmung.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 10 Bestellung zur Datenschutzbeauftragten
Vorlage: 405/2012**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage Drucksache Nr. 405/2012 abstimmen.

einstimmig beschlossen

zu TOP 11 Anfragen und Hinweise

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Herr Wiese hat eine Anfrage zu einem Artikel der Altmarktzeitung, in dem es um Papier und Schrott geht. Die Thematik ist auch im Ordnungs- und Umweltausschuss behandelt worden. Viele Bürger, die den Artikel gelesen haben, können überhaupt nicht nachvollziehen, was hier passiert. Wenn wir den Feuerwehren und den Schulklassen sämtliche Initiativen nehmen, noch ein bisschen Altpapier zu sammeln, dann habe ich kein Verständnis dafür. Es ist ein Irrtum, wenn man meint, mit dieser Aktion Schrottdiebstahl und andere Sachen zu verhindern. Ich hätte hier gerne eine Antwort, wie wir mit dem Thema zukünftig umgehen können.

Frau Theil erklärt, dass diese Problematik im Fachausschuss im Zusammenhang mit dem Abfallwirtschaftsbericht 2011 behandelt worden ist. Es geht um die Abfälle Papier, Altmetall und Schrott aus den Haushalten. Alles

was aus den Haushalten kommt, ist dem Landkreis andienungspflichtig. Solche Sammlungen können stattfinden, allerdings auf Antrag beim Landkreis.

Herr Kloth erklärt, dass dies die letzte Kreistagssitzung in diesem Jahr ist. Leider muss ich Ihnen mitteilen, dass dies auch die letzte Kreistagssitzung für mich als Mitglied des Kreistages sein wird. Nicht erst seit gestern, sondern schon seit vielen Wochen ist in mir der Beschluss gereift, mein Mandat zum Jahresende zurückzugeben. Ich will die Niederlegung meines Mandates nicht nur per Brief an das Büro des Kreistages erklären, sondern ich will mich ordentlich mit einer Begründung von Ihnen verabschieden, denn ich habe mich immer sehr wohl hier gefühlt. Der Grund ist der Gleiche wie bei dem Kollegen von den Landwirten vor einigen Wochen. Ich bin neben der beruflichen Situation sehr stark in anderen Ehrenämtern eingespannt. Z. B. bin ich der Vereinsvorsitzende eines privaten Trägers, der in Aulosen eine Kindertagesstätte betreibt. Des Weiteren sitze ich seit einigen Jahren im Verbandgemeinderat in Seehausen und bin da im Sozialausschuss tätig. Und die Probleme dort sind auch nicht ganz ohne. Wir haben hier wirklich viel zu tun. Von den Fördervereinen, Sportvereinen oder der Feuerwehr will ich gar nicht reden. Und der Tag hat nun mal leider nur 24 Stunden, und wenn ich hier her reise und wieder zurückfahre, dann bin ich 2 Stunden auf der Straße unterwegs. Man schafft einfach nicht mehr. Es ist nicht mehr möglich. Natürlich kann man sagen, warum dies abgeben, warum nicht das andere? Aber die Alternative, das, was eigentlich am meisten Arbeit macht ist, die Kindertagesstätte zu betreiben. Wer da ein bisschen im Stoff steht, weiß, wovon ich rede. Das macht man nicht mal so nebenbei. Das ist eigentlich Arbeit für ein Ehrenamt genug. Nur das will ich mit Sicherheit nicht abgeben, denn der größte Lohn ist, wenn man morgens auf dem Weg zur Arbeit mal zur Kita fährt und in die Gesichter der Kinder blickt. Das will ich auf keinen Fall abgeben. Deswegen also dieser Schritt. Ich wünsche Ihnen weiterhin eine sehr gute Hand bei den Entscheidungsfindungen. Ich würde mir auch wünschen, dass unsere Mitglieder im Kreistag vielleicht zukünftig etwas mehr die positiven Dinge nach oben bringen. Das ist das, was mir so aufgefallen ist. Wir schaffen es immer, die Probleme ganz hoch anzubringen und zu kommunizieren. Aber die Erfolge, die wir ja auch haben, gerade wenn ich an den Schulbau etc. denke, sind nicht ganz ohne. Vielleicht sollten Sie da die Waage ein bisschen in die andere Richtung ausschlagen.